



BILDER JOËLLE LEHMANN

FOTO-TABLEAU

Reisen! 4/5

Wie eine ironische Paraphrase auf Georgia O'Keeffe mutet die Aufnahme zur Linken an. Das Blau und Weiss entspricht dem Kolorit, das die amerikanische Malerin oft für ihre Darstellungen von Tierschädeln wählte, doch der gebräunte Männerarm hebt die Bildkomposition aus dem kunstgeschichtlichen Referenzrahmen heraus. Schaut man genau hin, lassen sich zwischen dieser und der danebenstehenden Fotografie trotz aller Differenz formale Bezüge finden: das mal nach oben, mal nach unten gewandte Kreissegment, die Augenöffnung im Schädel, die mit den Aussparungen im Rad korrespondiert. Die Erinnerungen allerdings, die sich mit den Aufnahmen verbinden, sind konträr. Das linke Motiv war eines der Zufallsgeschenke, bei denen Joëlle Lehmann das Herz lacht: «Chli plakativ, aber gut», notiert sie unter dem im kolumbianischen Fischerdorf Rincón del Mar entstandenen Bild. Das rechte dagegen signalisiert einen Tiefpunkt der Reise, welche die Schweizer Fotografin mit ihrer Familie unternahm: Plattfuss irgendwo auf dem Weg zwischen Atlantik und Pazifik, ein von Fieber und Schmerzen geplagtes Kind auf dem Rücksitz. Für Joëlle Lehmann gehören solche Härten zu einer intensiven Reiseerfahrung: «Mit intensiv meine ich auch einfach. Am Boden schlafen. Stundenlang auf den nächsten Bus warten. Schlechten Kaffee trinken. Wenig Gepäck haben. Am Puls sein. Auf diesen Reisen fühle ich eine Energie und Inspiration, die ich daheim, in unserem bequemen Leben, nie spüre.»

Sture Europäische Union?

Wer nicht drinnen ist, ist draussen

Gastkommentar
von BEAT KAPPELER

Unnachgiebig bis stur erscheint die Position der EU in Bezug auf den Brexit, vorher gegenüber den Bitten David Camerons um mehr Flexibilität, sodann gegenüber dem Rahmenvertrag der Schweiz oder den bankrotten Griechen. Schuld daran ist jedoch nicht ein schlechter Charakter der Unterhändler der EU, wie leichtfertige Kritiker meinen. Sondern die EU kann nicht anders. Der heutige Integrationsstand der EU rührt von den jahrzehntelangen Kompromissen im Ministerrat («Rat der EU») her, von den langjährig erdauerten Maastrichter und Lissabonner Verträgen, von wegbestimmenden Einzelentscheiden des Gerichtshofs und der daraus abgeleiteten, weitgehenden Zuständigkeit der Kommission in Brüssel.

Schon von Anfang an war die Kommission allein zuständig für den Aussenhandel der Zollunion EWG-EG-EU, nicht mehr die Mitgliedsländer. Hinzu kamen die laufend neu übertragenen Kompetenzen aus Rat und Verträgen, aber vor allem auch einsame Entscheide des Gerichtshofs, die nur durch einstimmige Vertragsrevisionen rückgebaut werden könnten – ein fast aussichtsloses Unterfangen. Solche Entscheide schufen den Vorrang des EU-Rechts vor nationalen Verfassungen, sie erlaubten der Kommission, viele neue Bereiche zu regeln, weil der Wettbewerb durch nationale Regeln verzerrt sein könnte. Die Kommission kann dank Gerichtsurteilen die individuellen Grundrechte extensiv auslegen und über nationale Regeln stellen.

Hinzu kommt die praktische Seite – die 28 Mitgliedsregierungen können nicht andauernd um den Verhandlungstisch sitzen. Die Kommission ist täglich am Werk, die Minister tagen nur alle paar Wochen im Rat. Premierministerin Theresa May hat die rechtliche wie die praktische Seite falsch eingeschätzt, als sie den einzelnen Hauptstädten nachreiste und dort Kompromisse suchte. Genauo unrealistisch hielt sich das britische Parlament, als es über vier Verhandlungsvarianten abstimmt – als ob 650 Parlamentarier auf der einen Seite und Monsieur Barnier für die EU auf der andern Tischseite verhandeln könnten. Die Wünsche des Bundesrates vor einem halben Jahr, mit einsichtigen EU-Instanzen das Rahmenabkommen nachbessern zu können, waren ebenso illusionär. Auch der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis merkte erst spät, dass die EU – nicht das Establishment – weder vorwärts noch rückwärts kann. Denn die vielen Gräben in materiellen Fragen der letzten 20 Jahre, mühselig ge-

kittet, würden jederzeit wieder aufbrechen, falls die Kommission nachgäbe. Diese Streitpunkte in materiellen Fragen waren etwa die Dienstleistungsrichtlinie 2006, heikel zwischen Liberalisierung und Zulassungsregeln balancierend. Man stritt sich um Fischereirechte in der Nordsee. Frankreich und Dänemark kämpften immer wieder um ihre Landwirtschaftsinteressen. Der ganze Osten der EU schert bei Migration weitgehend schon aus, verfiert aber die Freizügigkeit für seine entsandten Arbeitnehmer. Undenkbar also für die Kommission, nun nachzugeben, vor allem gegenüber einem untreuen, austretenden Mitglied, gegenüber dem Nichtmitglied Schweiz oder damals gegenüber dem sündigen Mitglied Griechenland. Nachverhandeln würden dann alle andern Mitglieder auch wollen.

Allerdings bewegt sich das ganze weitere Umfeld gegenüber dem festgezurrt Rechtsstand der EU. Bisher galt «der immer engere Zusammenschluss» als Devise, und der Euro wurde sogar ausdrücklich als «unwiderruflich» bezeichnet. Als dennoch Krisen diese Fixierung infrage stellten, konnte die EU nur mit Rechtsbrüchen reagieren. Die Maastricht-Kriterien wurden und werden nicht angewandt, das Beihilfe-Verbot an Euro-Mitglieder wurde materiell gebrochen mit den Hilfspaketen, die Freizügigkeit und die Migration aus den Schengen- und Dublin-Verträgen sind vielfach umgangen.

Zwei Folgerungen sind zu ziehen: Wer nicht drinnen ist, ist draussen. Dieser nicht immer bequeme Realismus lenkt den Blick auf den Freihandel durch die Welthandelsorganisation, auf andere Handelspartner, auf den Drittland-Zustand immerhin der meisten anderen Länder in der Welt, die damit auch leben. Die oft protektionistischen Binnenregeln der EU behindern diese oft auch selbst. Der zweite Schluss ist unbequem für die EU. In ihren Regeln erstarrte Imperien erlebten den Wandel schliesslich als Eruption – die Habsburger, die Zaren, das Osmanische Reich, die Sowjetunion, Frankreich 1789. Alexis de Tocqueville schrieb in seinem weniger bekannten Buch über das Ancien Régime, der gefährlichste Moment festgefahrener Staaten komme, wenn man dann doch reformieren wolle – dann komme die Eruption. Reformen oder Rechtsbrüche bahnen dies an. Viele raten der EU nach dem Brexit nun zu innerer Flexibilität. Kein schlechter Rat, wenn er zeitig kommt.

Beat Kappeler ist Ökonom und Buchautor. Seine jüngste Veröffentlichung: «Staatsgeheimnisse. Was wir über unseren Staat wirklich wissen sollten». NZZ Libro, 2016.

Entwicklungszusammenarbeit

Alte Entwicklungshilfe ist kein Zukunftsmodell

Gastkommentar
von SONJA DINNER

Ein Begriff stirbt, hinter dessen politischer Fassade in den letzten 60 Jahren von den USA und den Staaten Europas einige tausend Milliarden an Steuergeldern investiert wurden: internationale Entwicklungshilfe. In den USA, Deutschland und der Schweiz sind jene politisch gesteuerten Finanzströme, die nach offizieller Argumentation den Armen dieser Welt zugutekommen sollten, jetzt erheblich eingeschränkt worden – zugunsten weniger Direktzahlungen. Diese werden vermehrt angeknüpft an Leistungen der Empfänger und politische Erwartungen der Geberländer, die nur noch dann zur Zahlung bereit sind, wenn man ihren Forderungen entspricht.

Dem Rückgang staatlicher Entwicklungshilfe steht die Forderung gegenüber, private Entwicklungshilfe-Organisationen mögen ihre Leistungen ausbauen. In den USA hat die Bill & Melinda Gates Foundation mit anderen diese Anstösse bereits aufgenommen. In der Schweiz ist es, nebst anderen, die 2006 gegründete «Dear Foundation», die mit rund 200 Mitarbeitern seither auf drei Kontinenten kontinuierlich arbeitet und dazu beiträgt, in diese Lücke zu springen.

Gleichzeitig hat sich in Afrika eine Organisation gebildet, «No white saviours», die mit wachsendem Druck darauf hinwirkt, die Prinzipien und Leistungen der vorwiegend europäisch-amerikanischen Entwicklungshelfer stärker als bisher unter die Kontrolle von Einheimischen zu bringen.

Der jetzt erfolgende Umbruch der über Jahrzehnte aufgebauten staatlichen Entwicklungshilfe beruht im Wesentlichen auf drei Faktoren. Erstens: Der immer schwieriger zu rechtfertigende Missbrauch der zur Verfügung gestellten Gelder für private, militärische und andere von den Gebern nicht vorgegebene Zwecke hat den Ruf der «alten» Entwicklungshilfe nachhaltig zerstört.

Zweitens: Die Verschiebung der Machtgleichgewichte zwischen Gebern aus Europa oder den USA und neuen Gebern aus Asien, darunter vor allem China, hat eine neue Philosophie und Form der Entwicklungshilfe dringlicher gemacht. Dazu kamen, was weniger laut gesagt wurde, die Budgetdefizite der USA und vieler europäischer Staaten, die zum Ausgleich ihrer Haushalte Sparmöglichkeiten suchten.

Drittens: Obwohl die Fachwelt noch immer von der armen und der reichen Welt spricht, gibt es heute auch in der sogenannten armen Welt zahlreiche superreiche Unternehmer, deren meist

mangelnde oder nicht vorhandene Solidarität mit den eigenen Landsleuten zu Recht Fragen in den bisherigen Geberländern aufwirft.

Wer unterstellt, die Entwicklungshilfe sei bisher nur erfolglos gewesen, liegt falsch. Die Leben von Hunderten von Millionen Menschen wurden durch Investitionen im Gesundheitsbereich ebenso gerettet wie durch den Aufbau von Strukturen, die zu Arbeitsplätzen und Einkommen führten. Rund zwei Milliarden Menschen sind, vor allem in Asien, der fundamentalen Armut entkommen. Viele dieser Leistungen des «weissen Mannes» (und zunehmend auch weisser Frauen) wurden aber leider wieder zerstört, sei es durch Binnenkriege, Aufstände, Revolten oder Regierungswechsel, die innenpolitische Kurswechsel zur Folge hatten.

Deshalb haben die staatlichen Organisationen für Entwicklungshilfe zunehmend und immer schneller darauf abgestellt, auch private Organisationen zur Unterstützung der eigenen Tätigkeit beizuziehen. Der Trend ist klar: Staatliche Entwicklungshilfe bleibt bestehen, aber in reduziertem Umfang und mit wirtschaftlichen wie politischen Prämissen versehen. Private Entwicklungshelfer treten dafür mit unternehmerischer wie staatlicher Unterstützung auf den Plan.

Was ideal aussieht, trifft nun auf radikale Anti-Entwicklungshelfer aus Afrika, die das Heft in die eigene Hand nehmen wollen und dem «white man» nur noch Partnerschaften anbieten, die von ihnen kontrolliert werden.

Manche Forderungen der Anti-Entwicklungshelfer klingen ganz vernünftig: An die Stelle oft kurzfristiger «missions» sollen langfristige Entwicklungsprogramme treten; die glanzvollen Auftritte weisser Entwicklungshelfer bei Bekanntgabe ihrer Programme sollen nicht ein Teil ihrer globalen Ferien sein, um dann nach Abreise der internationalen Fernsehstationen sofort wieder nach Hause zu fliegen; kein «Selbstfindungs-Tourismus» in die ärmsten Regionen der Welt, damit unsere materiell übersättigten Zeitgenossen wahres Elend sehen und dann mit gutem Gefühl nach Hause reisen; echter Wissenstransfer, wo sinnvoll, immer unter Einbezug angemessener Beteiligung der Leistungsempfänger; Stopp der Armut-Pornografie («poverty porn»).

Vor den europäischen Entwicklungshelfern liegt eine grosse Aufgabe. Es ist an den Regierungen und professionellen Hilfsorganisationen; neue Formen der Zusammenarbeit auszulösen. Es eilt.

Sonja Dinner ist Präsidentin der Dear Foundation, Zürich.